

Federn lassen für Hamburgs Haushalt?

Rentner-Demo gegen Weihnachtsgeldstreich

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg beabsichtigt bekanntlich, den Ruheständlerinnen und Ruheständlern der Besoldungsgruppe A12 nur noch 500,- Euro Weihnachtsgeld und ab A13 gar nichts zu zahlen (also der überwiegenden Zahl der Lehrerinnen und Lehrer).

Gegen diese Absichten rief die GEW die Mitglieder der BG RuheständlerInnen auf, zu einer Protestkundgebung am 21.Juni 2011 ins Curiohaus zu kommen.

Etwa 100 Kolleginnen und Kollegen folgten der Einladung.

Zu Beginn begrüßte der 1. Vorsitzende der Betriebsgruppe, Jürgen Walkstein, die TeilnehmerInnen. Er sprach davon, dass er in der Nacht der letzten Bürgerschaftswahl einen Traum hatte. Er träumte davon, dass die neue Regierung die Kürzung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes für die aktiven und die im Ruhestand befindlichen Bediensteten des Öffentlichen Dienstes nicht vornehmen werde. Aber es muss befürchtet werden, dass „König Olaf“ es anders will - und König Olaf hält seine Untertanen, die Mitglied seiner Regierung und die Abgeordneten seiner Fraktion, fest an der Kandare.

Ob diese Versammlung und die anschließende Demonstration etwas nutzen werden, bleibt abzuwarten. Aber mit einer braven Beamtenmentalität, die alles hinnimmt, was der oberste Dienstherr befiehlt, kommt die Streichung unseres Weihnachtsgeldes mit Sicherheit.

Eine Kollegin fragte, was sie denn dagegen tun könne. Die

Antwort: Protestbriefe an Bürgerschaftsabgeordnete der SPD schreiben. Ihre Anschriften stehen auf der Homepage der GEW. Ende September/Anfang Oktober soll in den Haushaltsberatungen über das Weihnachtsgeld entschieden werden.

Anschließend informierte Kollege Klaus Bullan über die Hintergründe der beabsichtigten Kürzung bzw. Streichung des Weihnachtsgeldes und über die Gespräche, die zwischen der GEW und Regierungsvertretern geführt wurden. Bullan legte Wert auf die Feststellung, dass es sich um vier Gesprächsrunden gehandelt habe, nicht um Verhandlungen. Verhandlungen können nur auf gleicher Augenhöhe der Verhandlungspartner geführt werden; d.h. aber auch, dass die Arbeitnehmer das Recht haben zu streiken, wenn die Verhandlungen scheitern. Und dieses Recht wird uns Beamten bekanntlich von allen Regierungen vorenthalten.

Die Streichung des Weihnachtsgeldes bedeutet eine Gehaltseinbuße von 2000 bis 3000 Euro im Jahr. Noch schlechter stehen sich die Kolleginnen, die häufig aus familiären Gründen mit Teilzeitverträgen gearbeitet haben. Für diese Personengruppe ist eine so hohe Gehaltskürzung unerträglich.

Nach den letzten Steuerschätzungen erzielt Hamburg im Jahre 2011 Mehr-

einnahmen in Höhe von 700 Mio. Euro. Ein Bruchteil dieser Summe würde ausreichen, um das Weihnachtsgeld wie bisher zu bezahlen. Viel Geld wurde in die Sanierung der HSH Nordbank gepumpt – und ist verbrannt!

Im Anschluss an die Versammlung, an der auch einige Kollegen der GdP teilnahmen, marschierten die meisten TeilnehmerInnen zur Finanzbehörde am Gänsemarkt.

Da, wo einst mit Gänsen gehandelt wurde, verstreuten die RuheständlerInnen nun Gänsefedern - getreu dem Motto: *Federn lassen für Hamburgs Haushalt?*

Werden wir von den Senatsmitgliedern und den Abgeordneten, auf die viele von uns so große Hoffnungen gesetzt haben, nun gerupft wie die Weihnachtsgänse?

Im Herbst fällt die Entscheidung.

JÜRGEN WALKSTEIN
(Vors.d.BG RuheständlerInnen)



Realer Alptraum: Von der Finanzbehörde gerupfter Pensionär Jürgen Walkstein